



Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 17.

Charlottenburg, Freitag, den 26. April 1918.

Jahrg. 45.

Bekanntmachung.

Diejenigen Zahlstellenverwaltungen, die ihre Adressenangaben auf dem Formular mit dem Aufdruck: „Wahlresultat“ nicht gemacht haben, werden ersucht, betr. Formular mit den Adressen bis spätestens Montag, den 6. Mai an das Verbandsbüro einzusenden.

Das Verbandsbüro.

Einsendungen an „Die Ameise“, die noch in der Nummer der jeweiligen Woche Aufnahme finden sollen, müssen spätestens Montags vormittags in der Redaktion eingehen. Redaktionsschluß Montag mittags.

Die Redaktion.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 25. und 26. März fand in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände statt, die an erster Stelle den Geschäfts- und Kassenbericht der Generalkommission entgegennahm. Der gedruckte vorliegende Bericht stellt eine erfreuliche Steigerung der gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen von 1 006 285 Ende 1916 auf 1 1/4 Millionen Mitglieder am Jahreschluß 1917 fest, woraus sich ergibt, daß trotz der Kriegsnot eine Anzahl neuer Kräfte für die gewerkschaftliche Bewegung gewonnen wurden. Nach dem Kassenbericht betragen die Jahreseinnahmen der Generalkommission pro 1917 413 904,81, die Jahresausgaben 527 974,09 Mk. Der Fehlbetrag von 114 069,28 Mk. wurde aus dem Vermögen der Generalkommission gedeckt, das von 338 217,28 Mk. auf 224 148 Mk. zurückgegangen ist. Auf weitere Einzelheiten des Geschäfts- und Kassenberichts gehen wir in einem besonderen Artikel ein. Der Bericht wurde von Legien in mündlichen Ausführungen ergänzt, die sich auf Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsamt über die Geltendmachung gewerkschaftlicher Forderungen betreffs Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung in den Friedensverträgen, auf die Organisation der Uebergangswirtschaft und die Vertretung der Gewerkschaft für soziale Reform und auf das Ersuchen von Angestellten der Generalkommission um eine abermalige Steuerzulage erstreckten. Obgleich das Reichswirtschaftsamt geringe Neigung zeigte, die Friedensverträge mit sozialpolitischen Forderungen zu verquiden, hat sich doch der Reichstag fast einstimmig für die Aufnahme solcher Abmachungen in die Friedensverträge ausgesprochen. Dem Beitritt zur Gesellschaft für soziale Reform stimmte die Konferenz zu. Von einer Erziehung zur Generalkommission für den verstorbenen Genossen E. Döblin wurde Abstand genommen. Die Gewährung einer Steuerzulage wurde mit Rücksicht darauf, daß die vorjährige Gehälterregelung noch nicht ein volles Jahr besteht, bis zur nächsten Vorstandskonferenz zurückgestellt.

Sodann beschäftigte sich die Konferenz mit einer Eingabe betr. die gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung, über welche Umbr. das einleitende Referat erstattete. Die Generalkommission hat einen vorbereitenden Ausschuß eingesetzt, der

für die gesetzliche Regelung eine Reihe von Leitfäden nebst Begründung ausgearbeitet hat. Der Ausschuß hat sich für eine Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit in Anlehnung an die Invalidenversicherung entschieden. Der Versicherungszwang soll sich auf alle Arbeiter und Angestellten bis 5000 Mk. Jahreseinkommen erstrecken; die Beiträge sollen je zur Hälfte von Versicherten und deren Arbeitgeber aufgebracht werden. Das Reich zahlt den Arbeitslosenkassen ein Drittel ihrer jährlichen Unterstützungsausgaben hinzu. Für die Beitragserhebung soll ein Zuschlag zu den Invalidenversicherungsbeiträgen festgesetzt und die Ausgabe neuer Marken und Karten auf die der Invalidenversicherung nicht unterliegenden Angestellten mit über 2000 Mk. Jahreseinkommen vorgesehen werden. Die Versicherungsanstalten haben den für die Arbeitslosenversicherung zu erhebenden Beitragsanteil an die Arbeitslosenkassen abzuführen, von denen je eine Kasse für jeden Bezirk einer Versicherungsanstalt errichtet wird. Die Arbeitslosigkeitskassen errichten in allen größeren Gemeinden und in den Kommunalverbänden kleinerer Gemeinden Verwaltungsstellen, denen die Auszahlung der Unterstützung und die Regelung des Verkehrs mit den Arbeitsnachweisen und Berufsvereinen obliegt. Die Berufsvereine mit Arbeitslosenunterstützung sollen möglichst in das Verwaltungsnetz der Arbeitslosenunterstützung eingefügt werden, die Auszahlung der Unterstützung und die Kontrolle der Arbeitslosen übernehmen und vom Reich ebenfalls ein Drittel ihrer eigenen Unterstützungsausgaben zurückerstattet erhalten. Die Reichsarbeitslosenunterstützung soll nach Lohnklassen abgestuft werden, aber mindestens die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes betragen und längstens bis zur Dauer von 20 Wochen gezahlt werden. Unterstützung wird nicht gewährt bei Arbeitslosigkeit infolge von Streik oder Aussperrung sowie bei Erwerbsunfähigkeit infolge von Krankheit, Unfall oder Invalidität. Die Unterstützung kommt in Wegfall, wenn dem Arbeitslosen eine seinen Kräften und Fähigkeiten sowie seiner bisherigen beruflichen Tätigkeit entsprechende Beschäftigung nachgewiesen wird. Doch kann er eine durch Streik oder Aussperrung freigewordene Stelle ablehnen, ebenso eine solche, die den bestehenden Tarifvereinbarungen widerspricht. Die Leitfäden über Arbeitsvermittlung entsprechen denen der Gewerkschaftsgruppen vom März 1915, denen damals auch der Reichstag zugestimmt hat. Einige Uebergangsbestimmungen sollen schließlich bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Regelung diesen Materien die Erwerbslosenhilfe und die Arbeitsvermittlung während der Uebergangswirtschaft sicherstellen.

Der Referent befaßt sich eingehend mit der Frage, ob das vorgeschlagene System der Zwangsversicherung mit den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse vereinbar sei. Er wies nach, daß von dem Stuttgarter Kongreßbeschuß (1902), der die staatliche Förderung der gewerkschaftlichen Selbstversicherung verlangte, bis zum Münchener Kongreßbeschuß (1914), in dem eine öffentlich-rechtliche, allgemeine, obligatorische Versicherung gefordert wird, eine Modifizierung in der Richtung zur Zwangsversicherung erkennbar sei, in der das Genter System in die Rolle einer Uebergangseinrichtung zurücktrete. Nach dem Kriege könne ein solcher Uebergang angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeitsgefahr und der Verantwortlichkeit des Reiches für diese nicht mehr in Frage kommen. Auch dürfe man den Gewerkschaften nicht die Kosten für diese Arbeits-

losigkeit aufbürden, sondern es bedürfe der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenfürsorge. Deshalb sei die Zwangsversicherung vorzuziehen. Die Konferenz stimmte den Leitsätzen und der Begründung mit einigen wenigen redaktionellen Änderungen zu. Die Eingabe soll mit den übrigen Gewerkschaftszentralen zum Zwecke gemeinsamer Einreichung an die gesetzgebenden Körperschaften beraten werden. Die Leiterin des Arbeiterinnensekretariats, Fräulein Hanna, ersucht die Vorstände, für die Ausbildung von Funktionärinnen für den weiblichen Fürsorgedienst geeignete weibliche Mitglieder in Vorschlag zu bringen.

Im weiteren beschäftigte sich die Konferenz mit der Organisation der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten. Nach einleitenden Darlegungen Regiens sowie nach Mitteilungen des Genossen Baumeister über die Entwicklung des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, seine Bestrebungen und seinen bevorstehenden Bundestag in Weimar, wurde das Für und Wider einer Stellungnahme zu diesen Organisationsbestrebungen lebhaft erörtert und schließlich folgende Erklärung gegen 2 Stimmen angenommen:

„Die Konferenz sieht keinen Anlaß, zu dem Bunde der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer in befürwortendem oder ablehnendem Sinne Stellung zu nehmen. Gegen die Förderung des Bundes durch Gewerkschaftsfunktionäre bestehen keine Bedenken. Eine Verpflichtung in dieser Hinsicht kann jedoch niemand auferlegt werden. Die Entsendung einer Vertretung zu dem einberufenen Bundestag wird der Generalkommission anheimgestellt.“

Die Beteiligung der Gewerkschaften an der vom Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Aussicht genommenen Sammlung für die Kriegsbeschädigten war Gegenstand langer Erörterungen. Die Sammlung bezweckt, die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten über die, auf das aller- notwendigste beschränkte, gesetzliche Rentenbemessung hinaus zu erweitern und auch in Fällen, in denen die amtliche Fürsorge versagt wird, einzugreifen. Die ersten Mittel dieser Art wurden in Unternehmerkreisen in Höhe von 30 Millionen Mark aufgebracht. Der Reichsausschuß wandte sich gegen solche besonderen Sammlungen, weil die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten einheitlich geregelt werden müsse. Die Industriellen übergaben darauf den Fonds an den General von Ludendorff, der ihn dem Reichsausschuß überwies. Angesichts der ungeheuren Kriegsoffer muß jedoch auf weitere Mittel gerechnet werden. Es sollen nunmehr Sammlungen in allen Kreisen der Bevölkerung, auch unter der Arbeiter- und Angestellten- schaft, für die Erhöhung der Kriegsbeschädigtenfürsorge eingeleitet werden. Nach diesen Darlegungen wurde die Beschlus- fassung auf der Konferenz ausgeföhrt, um den Gewerkschafts- vorständen Gelegenheit zu eingehender Information und Stellungnahme zu geben. Die Abstimmung soll schriftlich ge- schehen. Die Statistische Kommission hat einige Änderungen der Gewerkschaftsstatistik in bezug auf die Tren- nung der Gewerkschaftsausgaben nach männlichen und weib- lichen Mitgliedern und hinsichtlich der Vornahme einheitlicher Erhebungen über Arbeitsdauer und Löhne in Fristen von fünf bzw. zehn Jahren vorgeschlagen, denen die Konferenz zu- stimmte.

Beim letzten Verhandlungspunkt „Verschiedenes“ wurde auf die von der Gesellschaft für soziale Reform für den 14. April d. J. anberaumte sozialpolitische Kundgebung in Berlin hingewiesen und um eine möglichst starke Beteiligung der Gewerkschaften auch außerhalb Berlins ersucht. Zur Samm- lung und Bearbeitung der kriegswirtschaftlichen Erfahrungen hat das Reich eine wissenschaftliche Kom- mission unter Leitung des Staatssekretärs a. D. Dr. Delbrück eingeleitet. Die Kommission wünscht auch die kriegswirtschaft- lichen Erfahrungen der Gewerkschaften in ihre Untersuchungen einzubeziehen und ersucht um Einwirkung von Berichten über solche. Die Berichterstattung wird den einzelnen Gewerkschafts- verhältnissen nachgehen.

Der Volksbund für Freiheit und Vater- land sucht für sein ständiges Bureau einen Sekretär. Ge- eignete Vorschläge aus Gewerkschaftskreisen werden als be- sonders erwünscht bezeichnet.

Zum Schluß fand eine Aussprache über die Demobil- mation der Kriegsteilnehmer und die Mit- arbeit der Gewerkschaften in Bayern statt, bei welcher auch die Grundsätze der Demobilisation in Preußen berührt wurden.

In dem Bericht über die Vorstandskonferenz vom 22. 26. November 1917 war im „Corr.-Blatt“, Jahrgang 1 Nr. 48 (S. 450), im Anschluß an die Abstimmung der Kon- ferenz betr. den Volksbund für Freiheit und Vaterland richtet worden, daß der Generalkommission neben dem ord- lichen Beitrag ein Vorschußbeitrag von 20 Pf. pro Mit- und Jahr gewährt wurde. In Gewerkschaftskreisen hat sich aus dem räumlichen Zusammenhang der beiden Beschlüsse, sich aus ihrer gemeinsamen Behandlung beim Tätigkeitsber- der Generalkommission ergab, mißverständlichweise auf ei- sachlichen Zusammenhang geschlossen und seitdem kurz das Märchen, daß der Beitritt der Generalkommission zum Volksbund für Freiheit und Vaterland einen Beitrag von 20 Pf. pro Mitglied und Jahr erfordere. Diese Annahme entbehrt natürlich jeder Begründung, was wir noch ganz besonders hervorheben wollen, um damit der Stimmungsmache gegen den Volksbund für Freiheit und Vaterland den Boden zu entziehen.

Aus unserm Berufe.

Nieder-Salzbrunn. Die Firma Ohme sucht im „Sprach- jaal“ einen Oberschleifer oder einen Schleifer. Wie uns der Zahlstelle berichtet wurde, ist der bisherige Schleifer kündigt worden. Wenn die Firma so notwendig einen Schleifer benötigt, warum setzt man eine alte tüchtige Arbeit- kraft dann auf die Straße? Der angegebene Kündigungs- grund ist doch nicht stichhaltig. Es soll Beleidigung eines An- seherers vorliegen. Erstens ist diese Angelegenheit schon et- lichen bis acht Wochen her und dann ist es durchaus zu er- schuldigen, wenn ein Arbeiter, dem ein Teil seines sauer ver- dienten Lohnes vorenthalten wird, es in der Wahl seiner Worte nicht so genau nimmt. Unsere dortigen Mitglieder haben vielmehr die Ueberzeugung, daß die Kündigung deshalb erfolgte, weil sich unser Kollege durch seine Tätigkeit als Vor- sitzender des Arbeiterausschusses bei dem bekannten Herrn Bauer mißliebig gemacht hat.

Ogleich unser Kollege schon wieder eine weit besser be- zahlte Stelle in Aussicht hat, bei Ohme betrug der Verdienst nur einige dreißig Mark pro Woche, müssen wir doch ein de- artiges Herumwerfen mit den Arbeitskräften streng verur- teilen.

Der Herrn Bauer durch das Hilfsdienstgesetz aufge- zwungene Arbeiterausschuß ist ihm wohl schon lange ein Dorn im Auge. Ganz beseitigen kann er denselben nicht, da er sucht er wahrscheinlich durch Einschüchterungsversuche die- ses Art, denselben zur Untätigkeit zu veranlassen. Hoffentlich werden die im Betriebe noch Unorganisierten sich baldigst eben- falls dem Verbands angeschlossen, damit Herrn Bauer etwas mehr Achtung vor den Rechten der Arbeiterschaft beigebracht werden kann und er sich nicht mehr erlauben darf, einen Mit- arbeiter kurzerhand zu entlassen, dessen einziges Vergehen war, daß er sich für die Interessen der anderen Arbeiter und Ar- beiterinnen eingesetzt hat.

Selb. Glänzende Konjunktur in der Por- zellanindustrie. Die Porzellanfabrik Ph. Rosenthal & Co. A.-G. hat im Jahre 1917 einen Gewinn von 5,37 Mil- lionen Mark (i. B. 2,45) erzielt. Es ergibt sich ein Reingewinn von 1,69 Millionen Mark (772 838), woraus eine Dividende von 30 Prozent (10) verteilt wird. Die Gesellschaft war im Berichtsjahre stärker als in den vorhergehenden Jahren beschäftigt, wobei es ihr zustatten kam, daß eine Anzahl Gegenständen des täglichen Bedarfs, welche bisher aus Metall angefertigt wurden, der jetzigen Zeit entsprechend in Porzellan lebhaft begehrt war. Der Bestand der am Ende des Berichtsjahres vorhandenen Aufträge ist ein bedeutender, so daß zu hoffen steht, daß auch im laufenden Jahr mit einem günstigen Ergebnis gerechnet werden darf.

Auch die Porzellanindustrie arbeitete, mittelbar oder un- mittelbar, vorzüglich für die Befriedigung des Kriegsbedarfs. Angesichts solcher grotesker Dividendensprünge wie bei Rosen- thal erscheint eine Preiskontrolle durch die Prüfungsstelle der Bumba wohl am Platze! („Vorwärts.“)

„Der Porzellanarbeiter“, das Verbandsorgan unserer österreichischen Bruderorganisation, berichtet in seiner Nr. 7 vom 5. April lfd. J., daß der Kaiser von Oesterreich eine Reise durch das Notstandsgebiet des westlichen und nördlichen Böhmens gemacht, um sich durch den Augenschein von der Lage der Verhältnisse zu überzeugen. Der Kaiser hatte den Wunsch

geäußert, von den Arbeitern selbst über den Stand der Dinge unterrichtet zu werden. Neben vielen andern Deputationen ist auch eine solche der Porzellanarbeiter vom Kaiser empfangen worden, die aus den Genossen De-Witte, Wenzel Lorenz und der Genossin Humann bestand. Der Kaiser soll eingehende Prüfung der Beschwerden und Klagen der Arbeiterschaft zugefagt haben. Genosse Lorenz hat eine Denkschrift überreicht, aus der „Der Porzellanarbeiter“ folgenden Auszug veröffentlicht: „Eine bedeutende Verschärfung erfährt der allgemeine Notstand noch durch die Tatsache, daß die hauptsächlichste Industrie des Bezirkes Karlsbad, die Porzellanindustrie, seit Kriegsbeginn nahezu lahmgelegt ist. Gleich nach Beginn des Krieges wurden die Porzellanfabriken fast gänzlich geschlossen, weil die Absatzmöglichkeit ihrer Produkte aufgehört hatte. Durch eineinhalb Jahre herrschte Arbeitslosigkeit. Gegenwärtig hätten die Fabriken wohl Aufträge in Hülle und Fülle, aber es fehlen die Kohlen, so daß die Betriebe, trotzdem die Bestellungen genügen würden, um die Fabriken voll zu beschäftigen, auf ein Drittel ihres früheren Bestandes gesunken sind. Die Devisensperre in Deutschland bringt die ganze Kaolinindustrie des Bezirkes neuerdings in die Gefahr, gänzlich lahmgelegt zu werden. Die Notlage der Porzellanarbeiterschaft und deren Familien ist demnach geradezu unbeschreiblich geworden. Die Sterblichkeit der Angehörigen dieser Industrie ist gegenüber den Friedensjahren auf das Vierfache gestiegen.“

Die Arbeiterschaft mit den nötigen Mitteln zu versehen, um die Kriegsküchen besuchen und die Lebensmittel kaufen zu können, ist nur möglich durch die Wiederaufrichtung der Industrie. Zu diesem Zweck wäre der Porzellanindustrie die notwendige Kohlenmenge (1400 bis 1500 Tonnen monatlich) zur Verfügung zu stellen und ihr einige Automobile zum Abtransport der Kohle zu überlassen. Durch eine solche, ohne allzugroße Schwierigkeit durchführbare Maßregel wird es möglich, diese Industrie zu beleben, dem Staate eine Steuerquelle ergiebiger zu machen und die Arbeiterschaft dieser Industrie, die sonst untergehen müßte — sie hat schon 8000 ihrer Angehörigen an die Munitionsindustrie abgeben müssen und der Rest müßte zugrunde gehen — zu retten. Ebenso nötig wäre, im Wege der Verhandlung mit dem Deutschen Reich dieses zur Zurücknahme der Devisensperre zu veranlassen, da diese der Kaolinindustrie des Bezirkes den Todesstoß versetzen müßte.“ Im Anschluß daran wird gesagt, daß sich die Verbandsleitung allzu großen Hoffnungen auf eine Besserung der Lage nicht hingibt; die könne nur ein baldiger Frieden bringen. Jedoch habe die Verbandsleitung nichts unversucht lassen wollen, um an maßgebender Stelle Klarheit über die traurige Lage der Porzellanarbeiterschaft zu schaffen und möglichst deren Leiden zu mildern.

Aus andern Verbänden.

Heinrich Schneider, Redakteur des „Der Proletarier“, Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter, ist am 14. April an den Folgen eines auf der Straßenbahn erlittenen Unfalles im Alter von 42 Jahren gestorben. Der frühe Tod dieses begabten und kenntnisreichen Verfechters gewerkschaftlicher Interessen bedeutet nicht nur für seine engere Organisation, sondern für die gesamte Gewerkschaftsbewegung einen herben Verlust. Ehre seinem Andenken.

Vermischtes.

Das Konsumgenossenschaftliche Wirken wird allgemein anerkannt. Allerdings stehen die am privaten Handel geschäftlich interessierten Kreise nach wie vor den Konsumgenossenschaften feindselig gegenüber und lassen keine Gelegenheit vorübergehen, ihrer Abneigung Ausdruck zu geben, dagegen halten alle anderen, an dem Allgemeinwohl interessierten Kreise mit ihrer Anerkennung nicht zurück. So äußert sich u. a. die bekannte Zeitschrift „Concordia“, das Organ der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, sehr günstig über die Tätigkeit der Konsumvereine. In einer Besprechung des letztjährigen Geschäftsergebnisses der Hamburger „Produktion“ macht sie folgende allgemeine Bemerkungen:

Der Umstand, daß es trotz aller Hemmnisse durch den Krieg gelungen ist, den Umsatz auch in diesem Jahre auf eine so stolze Höhe zu bringen... zeugt von den großen Vorzügen der Konsumgenossenschaftlichen Einrichtung.

Neben den sittlichen und ethischen Werten, die dem Genossenschaftsgedanken innewohnen, beruht die Bedeutung solcher Verbrauchergemeinschaften darin, daß entbehrliche Zwischenglieder ausgeschaltet und an anderer, volkswirtschaftlich wichtiger Stelle eingesetzt werden. Es handelt sich auch darum, durch die Einrichtung Konsumgenossenschaftlicher Produktionsstätten die Ware von der Belastung durch den Unternehmergewinn zu befreien und Arbeitsmethoden zu schaffen, die sich von denen der privatkapitalistischen Betriebe zu ihrem Vorteil unterscheiden.

Hier werden in kurzen Worten die Vorzüge der Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsweise vor denen der privatwirtschaftlichen hervorgehoben: die Ausschaltung der überflüssigen Zwischenglieder in der Warenverteilung und die Beseitigung der Ausbeutung der Verbraucher durch die Unternehmer. Daneben birgt die Konsumgenossenschaft auch noch sittliche Faktoren in sich, indem sie die Menschen zur Wissenschaftlichkeit und Sparsamkeit erzieht, den Organisationsgedanken lebendig macht und die Herzen mit dem Solidarismus der Tat erfüllt.

Zur Praxis der Schlichtungsausschüsse. In Cassel hatten die Arbeiter von vier großen Segeltuchwebereien durch ihre Arbeiterausschüsse die Forderung auf Einführung von Mindestlöhnen gestellt. Als mit den Unternehmern darüber keine Einigung zu erzielen war, wurde der Schlichtungsausschuß angerufen. Erst fanden die Arbeiter mit ihren Forderungen dort Entgegenkommen, desto überraschter waren sie, als nachdem folgendes Schreiben des Schlichtungsausschusses einging:

„Infolge eines Einzelfalles ergab sich die Notwendigkeit, die Zuständigkeit der Schlichtungsausschüsse und der Kriegsamtstelle nachzuprüfen. Hierbei wurde festgestellt, daß nach Ansicht des Kriegsammtes Berlin die Behandlung grundsätzlicher Fragen aus Zweckmäßigkeitsgründen der einheitlichen Behandlung wegen von der Kriegsamtstelle zu betreiben sei. Hierunter fällt nach Ansicht der Kriegsamtstelle Berlin die Frage des Mindestlohnes.“

Wenn man glaubt der Einheitlichkeit wegen von Zweckmäßigkeitsgründen reden zu dürfen, so wäre gerade in diesem Falle der Schlichtungsausschuß Cassel aus Zweckmäßigkeitsgründen die zuständige Stelle gewesen. Die Casseler Segeltuchindustrie beherrscht ganz Deutschland. Alle nennenswerten Betriebe der Branche befinden sich in den Händen der Casseler Unternehmer. Wenn es in der Textilindustrie eine Branche gibt, die für einheitliche Löhne und damit auch für Mindestlöhne reif ist, dann ist das die Segeltuchweberei. Es kommen verhältnismäßig wenig Betriebe in Frage. Die Betriebe sind alle modern eingerichtet und haben auch ihren Sitz an einem Orte, so daß entgegenstehende Schwierigkeiten leicht zu überwinden waren. Nebenbei spielt auch die Frage der Rentabilität keine Rolle, da alle die Firmen als Armeelieferanten ganz riesig verdient haben.

Die Begründung des Schlichtungsausschusses trifft aber auch gar nicht zu. Die Auffassung des Vorsitzenden ist unrichtig. Es besteht keine Anweisung des Kriegsammtes, daß die Schlichtungsausschüsse keine grundsätzlichen Fragen oder allgemeine Fragen ganzer Industriebezirke nicht behandeln dürften.

Uns ist unbekannt, daß auf Vorstellungen von Vertretern des Metallarbeiterverbandes die Kriegsamtstelle Berlin sich bereiterklärt hat, dahin zu wirken und allen Kriegsamtstellen zu empfehlen, bei allgemeinen Lohnbewegungen ganzer Industriebezirke eine vermittelnde Tätigkeit auszuüben. Damit sollte der umständliche Weg des Vorgehens des Schlichtungsausschusses durch jeden einzelnen Betrieb, sowie die unterschiedliche Behandlung der Einzelfälle vermieden werden.

Wenn in diesem Fall nun der Schlichtungsausschuß Cassel bereits angerufen war, so hätte gar nichts entgegengestanden, zu versuchen, die Frage ihrer Lösung entgegenzuführen. Auf jeden Fall wollen sich Arbeiterausschüsse merken, daß sie sich bei ähnlichen Anlässen vom Schlichtungsausschuß nicht aus „Zweckmäßigkeitsgründen“ abweisen lassen.

Im Wandel der Zeiten. Zu seiner 50jährigen Jubelfeier, die der Ortsverein Görlitz des Verbandes der Deutschen Buchdrucker an den Osterfeiertagen begehen konnte, standen dieser Gewerkschaftsorganisation als erste städtische Räume zur Verfügung. Aber nicht nur das, auch ein Vertreter des Magistrats war erschienen, um namens der Stadt Görlitz den

Ortsverein zu seinem Jubiläum zu beglückwünschen. Das geschah ferner noch durch einen Vertreter des Vorstandes der Handelskammer. Selbst die militärische Behörde war der Einladung gefolgt und ließ sich durch einen Hauptmann vertreten, und im Namen des Personals der in Görlitz befindlichen griechischen Zeitung überbrachte ein griechischer Oberleutnant die Glückwünsche zu der Jubelfeier. Die Festrede hielt der stellvertretende Vorsitzende des Buchdruckerverbandes, Genosse Grafmann (Berlin).

Aus der internationalen Metallarbeiterbewegung. Eine außerordentliche erfolgreiche Entwicklung haben eine Reihe Metallarbeiterorganisationen in den verschiedenen Ländern im verflossenen Jahre genommen. Von der deutschen Metallarbeiterorganisation ist bekannt, daß sie ihre Mitgliederzahl von 233 107 am Anfang 1915 auf rund 400 000 im Februar 1918 gebracht hat. Die zum Heeresdienst Eingezogenen sind hierbei nicht mitgezählt. Auch in Oesterreich-Ungarn hat der Organisationsgedanke geradezu glänzende Ergebnisse gezeitigt. Im ungarischen Verband wurden Anfang 1917 20 965, am Schlusse des Jahres 80 934 Mitglieder gezählt. Der österreichische Metallarbeiterverband stieg in derselben Zeit von 29 621 auf 121 942 Mitglieder. Das erfreuliche hierbei ist, daß diese Erfolge in Ländern erzielt werden konnten, in denen die Arbeiterschaft, wie in Oesterreich, jahrelang unter den Folgen nationalistischer Zwietracht außerordentlich zu leiden hatte, oder, wie in Ungarn, wo die Arbeiterschaft sich mit Recht über zurückgebliebene wirtschaftliche, politische und soziale Verhältnisse zu beklagen hatte.

Nicht ganz so groß, aber nicht weniger überragend gegen frühere Fortschritte ist das, was in dieser Beziehung von einer Reihe Metallarbeiterorganisationen anderer Länder in letzter Zeit erreicht werden konnte. So ging die Mitgliederzahl des norwegischen Eisen- und Metallarbeiterverbandes von 14 092 Mitgliedern im Jahre 1914 auf rund 200 000 im Jahre 1917. Der Schwedische Metallindustriearbeiterverband konnte seine Mitgliederzahl von 30 584 am 1. Januar 1915 auf 60 677 Ende 1917 erhöhen. Ähnlich ist die Entwicklung des Schweizer Metall- und Uhrenarbeiterverbandes. Nach der Verschmelzung beider Verbände (Metall- und Uhrenarbeiter) zählte der geeinte Verband am 1. Januar 1916: 21 321, am Jahresluß 1916 bereits 35 730, Ende 1917: 62 826 Mitglieder. Der Allgemeine Niederländische Metallarbeiterverband zählte Ende 1917 rund 15 000 Mitglieder gegen 6000 zu Beginn des Weltkrieges. Von der Bewegung in Großbritannien, wo bekanntlich eine große Zerspaltung herrscht, ist nur soviel bekannt, daß die Zahl aller organisierten Metallarbeiter in der Zeit von 1914 auf 1915 von 57 741 auf 633 502 Mitglieder stieg.

So hat sowohl in den neutralen wie in den am Kriege beteiligten Ländern der Organisationsgedanke und die praktische Willensbetätigung im Kampfe um eine gesicherte Existenz unter den Metallarbeitern große Erfolge erzielt.

Versammlungsanzeigen.

- Altwasser.** Für alle Mitgl. von Waldburg, Altwasser und Nieder-Salzbrunn, **Sonnabend, den 4. Mai, abends 7 Uhr, im Gasth. d. Deutschen Kaiser, Altwasser, Versammlung, Wichtige Tagesordnung.**
- Colbig.** Sonnabend, den 27. April, abends 8 Uhr, im Hotel „Wettiner Hof.“ **Wichtige Tagesordnung. Alles erscheinen.**
- Eisenberg.** Sonnabend, den 11. Mai, abends 8 Uhr, bei Max Obst. **Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.**
- Frauenth.** Sonnabend, den 4. Mai, abends 8 Uhr b. Volkst. d. Tiefenfurt. **Sonnabend, den 4. Mai, abends 8 Uhr in der Brauerei (lange Etage).**

Adressen-Veränderungen.

Breslau: Kaffee - Carl Wittig, Postamt X, Kreuzstr. 53 IV.

Esterbetafel.

Edel. Georg Pfeiffer, Fabrikwächter, geboren am 20. Dezember 1863 in Seeburg, gestorben am 25. März an Hirnhautentzündung. Mitglied seit 1912.

Köpenick. Adolf Apel, Dreher, geboren am 13. Februar 1876 in Hüttengrund, gestorben am 19. April an Lungentuberkulose. Seit 1915 Javalibe. Mitglied seit 1903.

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Erich Dalibor, Porzellanarbeiter, geboren am 10. Februar 1897 in Königszell, gefallen am 22. März 1918. Mitglied der Zahlstelle Teltow.

Max Sätze, Modelleinrichter, geboren am 19. April 1885 in Volkstedt, gefallen im März 1918. S. war bis zu seiner Einberufung zum Heeresdienst Kassierer unserer inzwischen aufgelösten Zahlstelle Schorndorf und ein treuer Anhänger unserer Verbandsache.

Ausflug der Zahlstelle Berlin

Ausflug am Himmelfahrtstag, den 9. Mai nach Eichwalde, Schmöckwitz, Seddinsee u. s. w.
Treffpunkt: Görlitzer Bahnhof, früh 6½ Uhr. **Regelmäßige Beteiligung erwünscht**
Die Verwaltung.

Arbeitsmarkt.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt
Dreher, Gießer und Fertigmacher
(männliche und weibliche)

Steingutfabrik Staffell, G. m. b. H.,
Staffell bei Limburg a. d. Lahn.

Töpfer und Freidreher

zur Herstellung von Kochgeschirren

für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.

Steingutfabrik Staffell G. m. b. H.,
Staffell bei Limburg an der Lahn.

Langjähriger geübter Brenner,

vertritt seit 1916 die Stelle als Muffel- und Brennmeister in einer Wandplattenfabrik, sucht ähnliche oder Stellung als Aufseher in einer Steingutfabrik. Anfragen sind zu richten an

Jakob Schreben,
Bonn a. Rh., Vorgebirgstr. 18.

Wir suchen für dauernde Beschäftigung zum sofortigen Antritt

2 Gießer auf Kochgeschirre,

darunter ein Formgießer, infolge Einberufung der jetzigen zum Heeresdienst.

F. M. Götsch, Ofen- und Tonwarenfabrik,
Strehla a. Elbe.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen, sowie alle Malrückstände zum Einschmelzen

kauft M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8 II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Stahlplatten, nach jedem eingesandten Muster in Zweigdecorn, Ranten, Schleifen, Monogrammen, speziell Ansichten, graviert sauber bei billigster Berechnung

Heinrich Jakob, Graveur,
Bunsiedel i. Fichtelgebirge, Katharinenstr. 23

Goldflaschen, goldhaltige Lappen, überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen, kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung

Oskar Kottmann, Stadtilm.

Alle Malrückstände, Goldflaschen, goldhaltige Lappen, Näpfe, Pinsel u. s. w.

kauft zu höchsten Preisen

Otto Seifert, Zwickau, Sa., Osterwehstr. 32.
Schnelle, reelle Bedienung.

Veransg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 2.